

Beschluss des Landesausschusses am 23. November 2021

## **Keine deutschen Steuergelder für antisemitischen Terror!**

### **Beschluss:**

Die Hamburger CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- Deutschland und die Europäische Union Zahlungen für Hilfsprojekte oder andere Zwecke an die Hamas und die Fatah sowie an alle von ihnen dominierte Strukturen im Westjordanland und im Gazastreifen einstellen;
- allen Vorwürfen, dass Mittel oder Aktivitäten des UNRWA für antiisraelische, antisemitische und/oder terroristische Zwecke missbraucht werden, von den UN, der EU und der Bundesregierung konsequent nachgegangen wird und die Mittelbereitstellung an das UNRWA sofort und im Wiederholungsfall auch dauerhaft eingestellt wird, soweit sich die Vorwürfe bestätigen;
- weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Mittel für Hilfsprojekte und -organisationen im Westjordanland und im Gazastreifen bereitgestellt werden, soweit diese nicht mit der Hamas oder der Fatah verbunden sind und zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass diese Mittel nicht für antiisraelische, antisemitische und/oder terroristische Zwecke missbraucht werden;
- die Bundesrepublik Deutschland auf andere Staaten einwirkt, ebenso zu verfahren.

Im Übrigen unterstützt die CDU Hamburg die Beiträge deutscher Entwicklungszusammenarbeit im Nahen Osten, die dem Ziel dienen, zu einer Friedenslösung im Nahost-Konflikt beizutragen. Seit vielen Jahren engagieren sich die Vereinten Nationen, die Europäische Union und Deutschland auch in den Palästinensergebieten und leisten mit ihrer humanitären Arbeit wichtige Beiträge für die Sicherheit und Stabilität in der Region.

### **Begründung:**

Sowohl Deutschland als auch die EU überweisen jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge an das UNRWA bzw. an Hilfsprojekte in palästinensischen Gebieten, in denen die Terrororganisationen Hamas und Fatah regieren. Bedauerlicherweise wird dieses Geld jedoch häufig veruntreut und in antisemitische Propaganda, Terrortunnel und Raketen statt in Infrastruktur und hochwertige

Bildung investiert. Am besten ist dies am Beispiel palästinensischer Schulbücher, finanziert von der EU und damit indirekt von Deutschland, zu erkennen, in denen Verschwörungstheorien über Juden verbreitet werden. Außerdem wird darin zum Mord an Juden aufgerufen.

Da für uns klar ist, dass Deutschland und die EU sich klar an die Seite Israels stellen müssen, sollten jegliche Gelder, die potenziell für die Finanzierung von Propaganda und Waffen, welche gegen Israel benutzt werden, gestrichen werden.

Die EU, Deutschland und deren internationale Partner sollten sich in diesen schwierigen Zeiten hinter Israel stellen und jegliche potenzielle Finanzierung von Propaganda und Waffen, die von Terroristen benutzt werden, unterbinden!

**Weiterer Weg:**

CDU/CSU-Bundestagsfraktion und EVP-Fraktion